Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 89 (1982)

Heft: 10

Rubrik: Tagungen und Messen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Formen im Country-Look bereichern das Angebot. Unternehmungslustige tragen den Treckerhut aus Haarfilz mit verbreitertem, einseitig aufgeschlagenen Rand. Auch der leichte ovale Sporthut mit hinten hochgestelltem, angeschlagenem Rand, verdient Aufmerksamkeit (ROBIN). Funktionell und topmodisch zugleich ist der flache Wendehut aus imprägniertem Popeline, die Abseite in einem modischen Stoffdessin; man kann ihn sogar zusammengerollt in der Tasche verstauen. Oft sind zu Hüten und Mützen auch Schals assortiert!

Das Schweizer Mützenprogramm präsentiert neben bewährten achtteiligen oder einteiligen Formen die neue Knickerbocker-Mütze mit gelegten Falten und voller Kopfform, welche auch auf attraktive Damenköpfe passt. Originelle Schirmmützen im Baseball-Look mit gesticktem Namenszug oder Emblem, nostalgische Fliegerhauben für Monsieur et Madame, Pistenmodelle aus Steppmaterialien für aktive Sportler sowie wunderschöne Pelzmützen aus edlen Fellen runden die Kollektionen ab.

Was sämtliche Formen auszeichnet, ist das modische Styling, die tadellose Passform und liebevolle Verarbeitung. Dabei ist im Winter 1982/83 die Tendenz zu einer funktionellen Sportlichkeit offensichtlich.

TOP QUALITY SWISS MADE – dafür gebührt den Schweizer Hut- und Mützenherstellern volle Anerkennung.

Salopp-elegante Tersuisse-Bluse aus hautfreundlichem und bügelarmem Georgette mit verdecktem Knopfverschluss, schmalen Hals- und Schulter-Blenden sowie angenähter Gürtel-Schärpe.
Modell: Ines, CH-9032 Engelburg
Foto: Andreas Gut, Zürich/New York

Tagungen und Messen

Grenzen des Wohlfahrtsstaates

Referat an der 112. ordentlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins in Zürich.

Ausgangslage

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz einen beachtlichen Standard an sozialen Leistungen aufzuweisen mit entsprechenden Belastungen für die Beschäftigten, die Unternehmen und den Staat. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn mit wachsender Dringlichkeit nach den Grenzen des Wohlfahrtsstaates gefragt wird. Auf längere Sicht sind die Aussichten für die Finanzierbarkeit der sozialen Leistungen in der Tat alles andere als gut. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts gehen langfristig zurück, und die Anforderungen an die Kassen sozialer Einrichtungen werden infolge der demographischen Entwicklung sprunghaft steigen. Diesen Fragen, die insbesondere vom Institut für Versicherungswirtschaft an der Hochschule St. Gallen eingehend behandelt worden sind, wird im folgenden nicht nachgegangen. Auch auf mehr oder weniger spekulative sozialphilosophische Betrachtungen über den Wohlfahrtsstaat wird verzichtet. Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen steht vielmehr die Frage, ob sich der Wohlfahrtsstaat als self defeating erweist, ob er mit anderen Worten die für seine Existenz unentbehrlichen ökonomischen Grundlagen selbst zerstört. In Grossbritannien ist diese Entwicklung einstweilen am klarsten sichtbar. In anderen Ländern bahnt sich jedoch unverkennbar eine ähnliche Paralysierung der produktiven Kräfte an. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass der Tendenz zur Gleichheit mehr Raum gegeben worden ist, als der Wohlfahrtsstaat auf Dauer verträgt, und dass deswegen Denkweisen und Verhaltensmuster erzeugt worden sind, die inhuman und gemeinschaftsschädlich, also asozial sind.

Unsolide Haushaltspolitik

In den letzten drei Jahrzehnten sind wir Zeugen und Nutzniesser einer wirtschaftshistorisch einmaligen Entwicklung geworden. Addiert man das jährliche Weltsozialprodukt seit den Anfängen menschlicher Existenz bis heute, so fallen etwa zwei Drittel des gesamten Wertes auf die kurze Zeitspanne zwischen 1950 und 1980. Dieser Wohlstandszuwachs, eine Folge der ganz ausserordentlich gestiegenen Produktivität des Faktoreinsatzes, hat der sozialen Politik ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. In allen westlichen Industrieländern sind die sozialen Leistungen noch wesentlich schneller gewachsen als das Sozialprodukt. Mehrere Länder verwenden derzeit bereits über dreissig Prozent ihres Sozialprodukts für die soziale Einkommensumverteilung, die Schweiz immerhin rund 22 Prozent gegenüber 12 Prozent im Jahre 1960. Bezieht man den Staatsanteil mit ein, so fliessen in einzelnen Ländern bereits fünfzig Prozent des Sozialprodukts und mehr durch öffentliche Kassen. Dies gilt nicht nur für klassische Wohlfahrtsstaaten, wie etwa Schweden, Dänemark und die Niederlande, sondern mit nur geringem Abstand auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Das politische Umfeld, das diese stürmische Expansion sozialer Leistungen ermöglichte, hat sich schon seit geraumer Zeit gründlich verändert, ohne dass daraus in den meisten Ländern die erforderlichen Schlussfolgerungen gezogen worden wären. Das wirtschaftlichen Wachstum hat sich verlangsamt oder ist sogar von einem Rückgang des realen Sozialprodukts abgelöst worden. Auf lange Sicht schafft die demographische Entwicklung einstweilen kaum lösbare Probleme. Die zunehmende Überalterung als Folge eines geänderten generativen Verhaltens droht die kommenden Generationen in einem bisher kaum vorstellbaren Ausmass zu belasten. Unzweifelhaft bestehen heute schon – wie noch darzulegen ist – Wechselwirkungen zwischen dem Ausmass an Belastungen der Erwerbstätigen auf der einen Seite und der Leistungsbereitschaft auf der anderen Seiten. Dies ist um so bemerkenswerter, als in vielen Ländern das volle Ausmass der Umverteilungslasten noch gar nicht fühlbar geworden ist.

Viele Regierungen finanzieren seit geraumer Zeit in grossem Umfang soziale Leistungen mit Krediten aus dem In- und Ausland, und zwar nicht nur konjunkturbedingte Fehlbeträge (was vertretbar ist), sondern auch strukturelle Haushaltsdefizite beachtlichen Ausmasses. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland geht diese Finanzierung konsumtiver Staatsausgaben durch Neuverschuldung offenbar dem Ende entgegen. Voraussichtlich schon im nächsten Jahr reicht die geplante Neuverschuldung gerade noch aus, den Zinsendienst auf die in den letzten zehn Jahren aufgetürmte Schuldenlast zu bezahlen. Das heisst nichts anderes, als dass in Zukunft die laufenden sozialen Leistungen voll von den Einkommensempfängern bezahlt werden müssen, und obendrein dann noch Zinslasten von rund 25 Milliarden DM jährlich. Früher oder später wird in allen Ländern die Rechnung für eine unsolide Haushaltspolitik präsentiert. Spätestens dann wird von manchen Illusionen staatlicher Politik Abschied zu nehmen sein.

Über die Verhältnisse gelebt: Wie kam es dazu?

Auf die Frage, wie es dazu gekommen ist, dass nahezu alle Industrieländer der westlichen Welt über ihre Verhältnisse leben, gibt es keine pauschale Antwort. Zu unterschiedlich ist die Lage in den einzelnen Ländern. Gleichwohl gibt es gemeinsame Ursachen:

Erstens haben viele Politiker ihre Wähler in der Zeit hoher Wachstumsraten daran gewöhnt, im Staat eine Institution zur Erfüllung individueller Wünsche zu sehen. Eigene Anstrengungen wurden als überflüssig bezeichnet. Diese Politik wurde auch noch dann fortgesetzt, als die Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung längst sichtbar geworden war.

Infolgedessen hat sich zweitens die staatliche Ausgabenpolitik nicht schnell genug an die sinkenden Wachstumsraten angepasst. Der Staatsanteil am Sozialprodukt ist daher ständig gestiegen. Je mehr Produktivkräfte der Staat für die wachsenden konsumtiven Ausgaben in Anspruch nahm, desto weniger Produktionsfaktoren standen und stehen für deren wachstumsträchtigen Einsatz zur Verfügung. Dieser Teufelskreis ist bisher in den meisten Ländern nicht durchbrochen worden, weil es sich als ausserordentlich schwierig erweist, einmal eingeführte staatliche Wohltaten wieder einzuschränken.

Drittens haben vielerlei staatliche Vorschriften und tarifvertragliche Regelungen die Anpassung der Unternehmen an veränderte Marktverhältnisse erschwert. Dem Stagnieren des im Inland verteilbaren Sozialprodukts hätte ein Zurückstecken der gewerkschaftlichen Ansprüche folgen müssen. Dazu ist es in vielen Ländern nicht gekommen. Verschärfte Verteilungskämpfe und steigende Inflationsraten waren die Folge.

Viertens läuft die staatliche Politik in mehrerlei Hinsicht widersinnigerweise auf eine organisierte Vernichtung wirtschaftlicher Werte hinaus. Alle Industrienationen sehen sich dem Zwang zu tiefgreifenden Strukturwandlungen gegenüber, was unter anderem auf die Veränderung der Preisstrukturen (insbesondere als Folge der steigenden Energiepreise) und die Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung zurückzuführen ist.

Die angemessene Anwort staatlicher Politik auf diese Herausforderungen wäre die Ermutigung von Investoren und Innovatoren, der Abbau von bürokratischen Investitionshindernissen, die Belohnung der Fleissigen und die Beseitigung der Risiken, die mit der Unsicherheit über die künftige staatliche Steuer- und Wirtschaftspolitik zusammenhängen. In den meisten Ländern geschieht das genaue Gegenteil. Die Flut strukturkonservierender, bankrotte öffentliche und private Unternehmen stützender Subventionen schwillt an. Der Investitionsstau als Folge verzögerter staatlicher Investitionsgenehmigungen nimmt groteske Formen an. Zur Überwindung der staatlichen Haushaltsnöte werden unentwegt neue Pläne und Massnahmen zur Mehrbelastung der «Besserverdienenden» produziert.

Leistung und Wagemut lohnen sich unter diesen Umständen immer weniger. Gewerkschaften und sozialistische Parteien drängen auf die Beseitigung der sozialen Marktwirtschaft, die fälschlich als unsoziale Profitwirtschaft verketzert wird; Sozialisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln oder zumindest die entschädigungslose Sozialisierung der Verfügungsrechte über Produktionsmittel (etwa durch paritätische Mitbestimmung in den Unternehmensorganen) werden als Abhilfen propagiert, was ebenfalls auf langfristige unternehmerische Dispositionen nicht ermutigend und motivierend wirkt.

Zur organisierten Vernichtung wirtschaftlicher Werte zählen nicht nur strukturkonservierende Subventionen und die Prämiierung von Unwirtschaftlichkeit in öffentlichen Unternehmen. Zu verweisen ist ferner auf die Fehllenkung von Produktivkräften durch inflatorische Prozesse, auf die durch staatliche Interventionen und immer kompliziertere Steuervorschriften verursachte Aufblähung der öfentlichen Verwaltung und der Bürokratiekosten in den Unternehmen sowie auf die Vernichtung von Vermögenssubstanz und Arbeitsplätzen durch staatliche Auflagen.

Eine fünfte Ursache dafür, dass viele Länder über ihre Verhältnisse leben, ist in Illusionen vieler Regierungen über die Leistungsbereitschaft der Steuerzahler bei zunehmender Einkommensnivellierung und über die Belastungswirkungen zusätzlicher Abgaben zu sehen. Deutliche Symptome hierfür sind die chronische Überschätzung der Steuereinnahmen, die Verwunderung bei Politikern über die Rekordzahlen an Insolvenzen von Unternehmen und die ständige Selbsttäuschung der Regierungen über die Arbeitslosenzahlen. Ein Privatmann oder ein Unternehmer, der ähnlich leichtfertig die Einnahmen überschätzte und die Ausgaben unterschätzte, wäre längst nicht mehr kreditwürdig.

Sechstens sei noch darauf verwiesen, dass einige Regierungen neuerdings eine besonders teure Form des «Sparens» praktizieren. Sie vernachlässigen die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsanlagen, was überproportionale Ausgabensteigerungen in der Zukunft bewirken wird. Diese Regierungentreiben nicht nur eine unverantwortliche Schuldenpolitik, sondern sie verzehren auch noch einen Teil der übernommenen staatlichen Sachvermögenssubstanz.

Fatale Reaktionen

Grenzen des Wohlfahrtsstaates sind nicht genau festzulegen und verschieben sich überdies im Zeitablauf. Es klingt heute kurios, dass die Regierung von Sachsen-Weimar 1877 im Landtag eine Einkommensbesteuerung von höchstens 4 Prozent für vertretbar hielt und dass Politik und Wissenschaft um 1930 die Obergrenze bei 30 Prozent sahen. Gleichwohl lässt sich aus den Reaktionen der Abgabenpflichten feststellen, dass in einer ganzen Reihe von Ländern kritische Grenzen inzwischen überschritten worden sind. Zu unterscheiden sind erstens Reaktionen, die die Leistungskraft der Volkswirtschaft unterminieren, zweitens Reaktionen, die zur übermässigen Beanspruchung sozialer Einrichtungen ermuntern, und drittens unbeabsichtigt unsoziale Folgen scheinbar sozialer staatlicher Massnahmen. Alle drei Tendenzen laufen darauf hinaus, dass der Wohlfahrtsstaat seine eigenen Fundamente untergräbt, sich also selbst zu Fall bringt, wenn nicht rechtzeitig korrigierend eingegriffen wird. Allen drei Fragenkomplexen soll in der gebotenen Kürze nachgegangen werden.

Unterminierung der wirtschaftlichen Leistungskraft

Es ist unbestritten, dass eine moderne Martkwirtschaft nicht ohne umfassenden Schutz für Hilfsbedürftige, Kranke und nicht mehr Erwerbstätige vorstellbar ist. Entsprechend dem allgemeinen Wohlstandszuwachs sollten auch die Sozialleistungen steigen. Ethische, soziale und politische Erwägungen sprechen gleichermassen dagegen, einzelne Bevölkerungsgruppen von Einkommenssteigerungen auszuschliessen. Wenn von der Gefahr gesprochen wird, dass die Leistungskraft einer Volkswirtschaft unterminiert wird, geht es daher allein um das Tempo der Ausweitung sozialer Leistungen. Viele Politiker haben sich in den sechziger und zum Teil auch noch in den siebziger Jahren darauf eingestellt, dass das Wirtschaftswachstum von selbst kommt, und sie haben deswegen viel zu einseitig Einkommensumverteilungspolitik betrieben. Es ist zu wenig darauf geachtet worden, dass nur eine florierende Volkswirtschaft in der Lage ist, hohe soziale Leistungen zu finanzieren.

Unberücksichtigt blieb vor allem, dass die zunehmende Angleichung von Nettoeinkommen bei einer rasch wachsenden Zahl von Menschen zum Desinteresse an beruflicher Leistung und beruflichem Aufstieg, zur entschiedenen Ablehnung schmutziger, anstrengender und geringgeachteter Arbeit, zur Zurückhaltung bei risikoreichen Investitionen, zur Bevorzugung von mehr Freizeit und zur Flucht in die illegale Schattenwirtschaft führt, in der weder Steuern noch Sozialabgaben existieren. Auch hier entwickelt sich ein sozialpolitischer Teufelskreis: Die Einnahmen der sozialen Institutionen stagnieren, die Ausgaben dagegen wachsen. Wird versucht, die Budgetlücken durch steigende Abgaben zu schliessen, verstärkt sich die Tendenz zur underground economy und zum Verzicht auf Mehrleistung.

Die Lösung muss daher in der entgegengesetzten Richtung gesucht werden: Es muss sich in der legal arbeitenden Wirtschaft wieder mehr als bisher lohnen, etwas zu leisten, beruflich voranzukommen, neue Unternehmen zu gründen, vorhandene Betriebe zu erweitern, in ökonomisches Neuland vorzustossen und auf diese Weise vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Das alles hat nichts mit der Befürwortung eines rücksichts- und bedenkenlosen Egoismus oder mit fragwürdigen neokonservativen Lehren zu tun. Ein hohes Niveau an sozialen Leistungen lässt sich nur aufrechterhalten, solange noch genügend Menschen bereit sind, Güter und Dienstleistungen als Gegenwert für soziale Hilfen zu produzieren.

Ausreichend hohe Prämien für Leistungswillige sind eine soziale Notwendigkeit. Und Gewinne, die unter Konkurrenzbedingungen nichts anderes als befristete, vom nachstossenden Wettbewerb wieder beseitigte Leistungsanreize darstellen, sind als unabdingbare Voraussetzung für eine dynamische und fortschrittsorientierte Volkswirtschaft anzusehen. Der Unternehmergewinn ist nichts anderes als ein besonders wirksames und anderen Anreizsystemen überlegenes Mittel, den sparsamen Einsatz von Produktionsfaktoren und Kostengütern zu erzwingen, Leistungsverbesserungen anrzuregen, zu Vorstössen in ökonomisches Neuland zu ermutigen, die unverzügliche Nachahmung besonders erfolgreicher Konkurrenten zu veranlassen und so für die rasche Verbreitung ökonomischen Wissens zu sorgen. Hier liegt das Geheimnis der hohen Effizienz und Dynamik marktwirtschaftlich gesteuerter Systeme.

Wird das unternehmerische Element lahmgelegt, so verfallen die Grundlagen für eine soziale Politik. Man kann nicht beides zugleich haben: weitgehend nivellierte Einkommen und sozialen Fortschritt. Wem die nachhaltige Verbesserung der materiellen Lage benachteiligter Bevölkerungsgruppen wirklich am Herzen liegt und wen nicht nur der Sozialneid plagt, dem kann die Wahl nicht schwer fallen. Die weise Mässigung sozialer Ansprüche heute ist – wie die jüngere Wirtschaftsgeschichte gelehrt hat – der am meisten Erfolg versprechende Weg zur umfassenden Verbesserung sozialer Leistungen morgen. Die schweizerische Expertengruppe «Wirtschaftslage» hat diesen Zusammenhang in ihrem Jahresgutachten 1978/79 sinngemäss so formuliert: Je wachstumsfreundlicher ein soziales System ist, desto billiger ist es volkswirtschaftlich. In die gleiche Richtung weisende Überlegungen und Argumente werden seit langem von den massgebenden Repräsentanten des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins vorgetragen. So viel in aller Kürze zu den Reaktionen, die die Leistungskraft einer Volkswirtschaft unterminieren.

Überbeanspruchung sozialer Leistungen

Zu den Verhaltensweisen, die auf eine übermässige Beanspruchung sozialer Einrichtungen hinauslaufen, sollen nur einige wenige Anmerkungen gemacht werden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine ganze Reihe von Fällen, in denen Nichtarbeitende besser gestellt sind als ihre arbeitenden Kollegen (z.B. während des Krankfeierns Einsparung von Fahrtkosten und die Zeit für häusliche Tätigkeiten oder Schwarzarbeit bei voller

Lohnfortzahlung; Rentenbezüge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Berufsleben liegen höher als das Arbeitsentgelt). Auch in der Schweiz gibt es solche Fälle. Derartige Regelungen wirken korrumpierend. Sie prämiieren unsolidarisches Handeln und laufen auf Ausbeutung der arbeitenden Kollegen hinaus. Auch Gewerkschaften, die sonst viel von Solidarität reden, weigern sich erstaundlicherweise, Regelungen zuzustimmen, die den Missbrauch sozialer Einrichtungen verhindern. Meist wird gesagt, es handele sich nur um Einzelfälle. Wie hoch die Dunkelziffer ist, weiss jedoch niemand. Entscheidend ist, dass soziale Institutionen, die den Leistungsmissbrauch prämiieren, krank sind, asozial wirken und reformiert werden müssen. Moralische Appelle nutzen wenig, wenn der Missbrauch praktisch risikolos ist und beachtliche materielle Vorteile einbringt.

Die Versuchung, sich dem sogenannten Leistungszwang zu entziehen, greift offensichtlich um sich. Wer nicht mitmacht, gilt als dumm. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen illegal vertriebenen Bestseller mit dem Titel «Wege zu Wissen und Wohlstand. Lieber krankfeiern als gesundschuften». In diesem Buch geben anonym bleibende Ärzte subtile Anweisungen, wie man Krankschreibungen erschleichen kann. Für eine wachsende Zahl von Menschen ist es offenbar reizvoll, ohne Arbeit – auf Kosten anderer – zu «Wohlstand» zu kommen.

Übermässige Beanspruchung sozialer Einrichtungen entsteht auch dadurch, dass Selbstverantwortung und Selbsthilfe sogar dort abgebaut werden, wo die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit ausreichte. Manche Politiker reden zwar vom mündigen Bürger, verfolgen jedoch in Wirklichkeit das Ziel, die Wähler zu umfassend staatlich betreuten Bürgern zu machen. Die Menschen werden zu Abhängigkeit und Passivität in ihren eigenen Angelegenheiten erzogen. Individuelle Vorsorge wird sogar als unsozial verunglimpft.

Sicherungen gegen Wechselfälle des Lebens sind zwar unentbehrlich, soweit es sich um die Grundabsicherung gegen grosse Risiken handelt. Infolge des ganz beträchtlich gestiegenen Lebensstandards des weit überwiegenden Teils der Bevölkerung ist es jedoch unnötig, auch noch für kleinste Risiken kollektive Zwangssicherungen zu dekretieren. Fehlende Selbstverantwortung begünstigt riskante Verhaltensweisen, weil für die Folgen im wesentlichen andere aufkommen müssen. Fehlende Mitverantwortung bei der Inanspruchnahme von Gratisleistungen sozialer Einrichtungen begünstigen «Kostenexplosionen». Wilhelm Röpke hat in diesem Zusammenhang von der «Zersetzung fester moralischer Grundsätze» gesprochen, «die früher mit Selbstverständlichkeit gegolten hatten». Sogar die Schuld für persönliches Fehlverhalten wird immer häufiger bei «der Gesellschaft» gesucht. Dies dient dann als Vorwand für die Forderung nach gemeinschftlicher Haftung für individuelle Fehler. Verschwenderischer Umgang mit knappen Mitteln und wachsenden Abgabenlasten sind die Folge.

Der Wohlfahrtsstaat sorgt auf diese Weise dafür, dass Engpässe, Warteschlangen und Unzufriedenheit entstehen. Wer nicht erhält, was ihm politisch zugesagt worden ist, wird sich mit einigem Recht über die uneingelösten Versprechungen beklagen. Muss der Mangel dann auch noch mit bürokratischer Zuteilung und Rationierung verwaltet werden, richtet sich der Zorn zusätzlich gegen diejenigen, die Ansprüche zu selektieren und abzulehnen haben.

Unsoziale Folgen der wohlfahrtsstaatlichen Eskalation

Der Wohlfahrtsstaat schafft in vielerlei Hinsicht eine Eskalation der Ausgaben, weil einzelne Massnahmen unsoziale Folgen haben, die dann mit neuen kostenverursachenden Vorschriften und Regelungen bekämpft werden. Häufig werden nämlich unerwünschte einzelwirtschaftliche Reaktionen ausgelöst, die zwar vorhersehbar sind, vom Gesetzgeber aber nicht in Rechnung gestellt werden. Zwar wäre es möglich, die Eskalation des Wohlfahrtsstaates zu vermeiden, indem unzweckmässige, soziale Missstände schaffende staatliche Massnahmen beseitigt werden. Ein solcher Schritt setzte jedoch das Eingeständnis von Politikern voraus, dass Fehler unterlaufen sind, und solche Selbstkritik äussern viele Politiker nur höchst ungern. So kommt es, dass in den Wohlfahrtstaat ein beschleunigendes Element, eine Art Akzelerator, eingebaut ist. Aus sich selbst heraus kommt der Umverteilungsapparat auf immer höhere Touren. Damit werden zugleich die zerstörerischen Wirkungen des Wohlfahrtsstaates verstärkt. Der Wohlfahrtsstaat setzt sich in Widerspruch zu seinen eigenen Zielen.

Einige Beispiele für unbeabsichtigt unsoziale Folgen sozial gedachter Massnahmen seien angeführt. Zwar beziehen sich diese Beispiele auf die deutschen Verhältnisse. In ähnlicher Form sind sie jedoch auch in anderen Ländern nachweisbar.

- Zwischen den Phänomenen Wohlfahrtsstaat und Inflation besteht ein enger Zusammenhang. Jene Bevölkerungsgruppen, die nicht über geldwertgesicherte Einkünfte oder Renten verfügen, werden leicht zu Sozialfällen, die ohne eigenes Verschulden auf fremde Hilfe angewiesen sind.
- Das Missverhältnis zwischen produktiver Leistung und Entlohnung von Lehrlingen ist durch staatliche und tarifvertragliche Regelungen sowie durch steigende Anforderungen an die Ausbilder so vergrössert worden, dass die Bereitschaft, Berufsanfänger auszubilden, zurückgeht und die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Mit finanziellen Zwangsmitteln und Anreizen sowie mit moralischen Appellen versuchen staatliche Organe diese Fehlentwicklung zu bremsen
- Ausländische Berufstätige erhalten ein wesentlich niedrigeres Kindergeld, wenn sie ihre Kinder im Heimatland lassen. Es bestehen mit anderen Worten hohe finanzielle Anreize, die Kinder in die Bundesrepublik Deutschand nachkommen zu lassen. Viele ausländische Arbeitskräfte, insbesondere aus der Türkei, nutzen diese Chancen. Die sozialen Lasten steigen infolgedessen ganz ausserordentlich (Schulprobleme, hohe Arbeitslosigkeit unter den Ausländerkindern, hohe Kriminalität und Eingliederungsschwierigkeiten). Die öffentliche Hand spart am falschen Platz.
- Ältere Angestellte können auf Grund staatlicher Schutzvorschriften kaum noch entlassen werden. Die Folge ist, dass Arbeitslose aus dieser Altergruppe so gut wie keine Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Mit gutgemeinten Bestimmungen hat der Gesetzgeber eine arbeitsmarktpolitische Problemgruppe mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote geschaffen.
- Frauen gelangen während der Schwangerschaft und nach der Geburt in den Genuss erheblicher sozialer Vergünstigungen zu Lasten des jeweiligen Arbeitgebers. Die Folge ist, dass jüngere Frauen zu einem besonders hohen Prozentsatz arbeitslos sind.

- Krankheitsanfällige belasten ihre Unternehmen wegen der Lohnfortzahlung bei Krankheit so erheblich, dass viele Unternehmen lieber auf Einstellungen verzichten, als solche Arbeitsuchenden einzustellen. Unzweckmässige soziale Regelungen schaffen einen ständig wachsenden «Bodensatz» an faktisch nicht zu vermittelnden Arbeitskräften mit entsprechend hohen Belastungen für die Arbeitslosenversicherung und den Bundeshaushalt.
- Die gesetzlichen Lohnnebenkosten steigen in vielen Ländern schneller als die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten Tariflöhne. Die realen Lohnkosten nehmen infolgedessen in vielen Unternehmen schneller zu als die Arbeitsproduktivität, was zu Entlassungen und wachsenden Soziallasten führt.
- Versetzungen innerhalb von Unternehmungen sind zunehmend erschwert und unvermeidliche Entlassungen derart verteuert worden, dass es zweckmässig sein kann, auf die Einstellung neuer Mitarbeiter zu verzichten. Selbst dann, wenn gekündigte Mitarbeiter sofort wieder eine gleich gut oder besser bezahlte Tätigkeit in einem anderen Unternehmen finden, sind auf Grund von Sozialplänen Abfindungen bis zu 18 Monatsverdiensten zu bezahlen.
- Schüler, die mit 18 Jahren aus der elterlichen Wohnung ausziehen, werden nach dem Bundesausbildungsförderungsgestz aus Steuermitteln unterstützt, wenn das Einkommen der Eltern unter einer festgelegten Grenze bleibt. Der Zerfall von Familien wird aus Steuergeldern prämiiert.
- In der Wohnungspolitik sorgen staatliche Organe dafür, dass durch das Festhalten der Mieten auf einem marktwidrig tiefen Stand jegliches Interesse am Mietwohnungsbau erloschen ist. Da der Staat kein Geld zur Subventionierung des Wohnungsbaus hat, ist es in den Ballungsgebieten inzwischen zu einer neuen Wohnungsnot gekommen.
- Diese wenigen Beispiele für gemeinschaftsschädliche und kostspielige Folgen sozial gedachter Massnahmen mögen genügen. Sie zeigen, wie sich der Wohlfahrtsstaat selbst unter Druck setzt, immer neue Notlagen produziert und spiralenförmig steigende finanzielle Laleten bewirkt.

Zunehmende Abhängigkeiten

Der Wohlfahrtsstaat kommt auf leisen Sohlen und in vielen kleinen Schritten, die je für sich genommen meist durchaus nicht bedenklich erscheinen. Darüber geraten leicht die Folgen in Vergessenheit, die für die individuelle Freiheit entstehen, sofern das Gleichheitsziel allzu sehr in den Vordergrund gerückt wird. Mehr Gleichheit ist nur um den Preis ausufernder, möglichst die ganze Bevölkerung umfassender behördlicher Zwangsregelungen unter Zurückdrängung selbstverantwortlichen Handelns zu haben. Hier liegt ein grotesker Widerspruch sozialistischer Politik. Während der einzelne Staatsbürger in Fragen, die ihn ganz unmittelbar betreffen, als dumm und kurzsichtig gilt und deshalb von Kollektivorganen angeblich umfassend beaufsichtigt und betreut werden muss, traut man denselben Bürgern in fremden Angelegenheiten hohe Urteilskraft zu und fordert allenthalben Mitbestimmung und «Demokratisierung» möglichst aller Einrichtungen, von der Schule bis zum Unternehmen. Nur die öffentliche Verwaltung und die Ministerien werden bemerkenswerterweise ausgeklammert.

Die zunehmende Abhängigkeit von einer notwendig anonym abfertigenden, nach festgelegten pauschalen Regeln arbeitenden Bürokratie sowie die damit verbundene «Verstaatlichung des Menschen» (Wilhelm Röpke) fördern Misstrauen und Unzufriedenheit. Staatlichen Sozialeinrichtungen ist individuelles Eingehen auf den Einzelfall, menschliches Mitgefühl und menschliche Zuneigung schon wegen des Massenbetriebs und der Bindung an Vorschriften regelmässig nicht möglich. Insofern fördert der Wohlfahrtsstaat Denkweisen und Verhaltensmuster, die als inhuman zu bezeichnen sind. Jeder verweist und verlässt sich auf den teuren Wohlfahrtsstaat, wenn an individuelle Hilfe appelliert wird.

Vor allem aber schafft der Wohlfahrtsstaat mit den gewollten umfassenden Abhängigkeiten des einzelnen von einer wuchernden Bürokratie wachsende inividuelle Unfreiheit. Damit wird jener Wert untergraben, der die westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme von den kollektivistischen Herrschaftsformen des Ostens unterscheidet. Deshalb ist es so wichtig, Übertreibungen sozialer Politik entgegenzutreten und nachdrücklich auf den Subsidiaritätsgrundsatz zu verweisen, also darauf, dass für soziale Sicherungen und Leistungen nur in jenen Fällen und in dem Umfang gesorgt werden sollte, wie die individuelle Leistungsfähigkeit überfordert ist. Das aber bedeutet bei wachsendem Lebensstandard nicht mehr, sondern weniger Wohlfahrtsstaat.

Besorgniserregende Entwicklungstendenzen

Sind unter Berücksichtigung der bisher angestellten Überlegungen die Grenzen des Wohlfahrtsstaates erreicht? Diese Frage ist zu bejahen, wenn folgende Entwicklungstendenzen beachtet werden:

- die enormen strukturellen Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten;
- die zunehmende Demotivierung der Unternehmer, die Investitionslethargie und die damit zusammenhängende Schrumpfung des Arbeitsplatzangebotes;
- die nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit durch strukturkonserviernde Massnahmen;
- die durch übermässige Steuer- und Abgabenbelastung sinkende Fähigkeit, risikoreiche Vorstösse in ökonomisches Neuland zu unternehmen;
- die sinkende Leistungsbereitschaft der legal Arbeitenden als Folge zunehmender Einkommensnivellierung;
- das stagnierende Wirtschaftswachstum;
- die als Folge wohlfahrtsstaatlicher Politik härter werdenden Verteilungskonflikte bei wachsendem Steuer- und Abgabendruck;
- die Schaffung immer neuer sozialer Notlagen durch eine oft nur scheinbar soziale Politik;
- die wachsende Unsicherheit, mit welchen notwendigerweise einschneidenden politischen Massnahmen die bedenkliche Entwicklung aufgehalten werden kann.

Diese sicherlich unvollständige Liste zeigt deutlich, dass zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik verfehlt werden. Der Wohlfahrtsstaat gerät nicht nur in Widerspruch mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, sondern er zerstört sein eigenes finanzielles Fundament.

Sünden der Politik

Der Hauptfehler der wohlfahrtsstaatlichen Politik liegt in dem zu kurzen Zeithorizont massgeblicher Politiker und in der Missachtung von Neben- und Fernwirkungen so-

zialer Massnahmen. Politiker denken oft nur an die nächste Wahl, die sie gewinnen möchten, und zu wenig an das langfristige Wohl ihres Gemeinwesens. Sie preisen die kurzfristigen Vorteile der Einkommensumverteilung und sehen nicht die langfristigen Folgen, die im ökonomischen und sozialen Abstieg bestehen. Die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte bietet genügend Anschauungsmaterial, wie gründlich und nachhaltig ehemals blühende Volkswirtschaften durch falsche Politik runiniert werden können. Da Fernwirkungen unsachgemässer Politik häufig erst nach vielen Jahren voll sichtbar werden, halten viele Politiker Warnungen vor den Spätfolgen ihrer Massnahmen für übertrieben, testen in immer weitergehender Form die Belastbarkeit der Wirtschaft und wundern sich dann, wenn sich die Warnungen als gerechtfertigt und zutreffend erweisen. Was in vielen westlichen Industrieländern heute fehlt, ist staatsmännischer Weitblick in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Nur ein Beispiel sei in diesem Zusammenhang genannt. Die Forderung und Entwicklung in der pharmazeutischen Industrie muss heute in Zeiträumen von einem Jahrzehnt und mehr denken. So lange dauert es, bis ein neuer Wirkstoff gefunden und nach etwa 800 bis ins einzelne zu dokumentierenden Arbeitsschritten von staatlichen Behörden zugelassen wird. Heute kommen Arzneimittel auf den Markt, die meist schon Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre erstmals als aussichtsreiche Wirkstoffe erkannt worden sind. Forschungsfeindliche staatliche Interventionen rufen deswegen erst mit grosser zeitlicher Verzögerung einen Rückgang der Innovationen hervor. Treten die unerwünschten Folgen dann eines Tages ein, dauert es lange Zeit, bis der Schaden wieder gutgemacht ist.

Viele Politiker ergehen sich seit geraumer Zeit in sarkastischen Äusserungen über den angeblich ungerechtfertigten Pessimismus vieler Unternehmer. Das Investitionsklima habe sich längst gebessert. Die Unternemer hätten es nur noch nicht gemerkt. Beispielsweise gingen die Inflationsraten und die Zinssätze zurück. Die Gewerkschaften stellten nur bescheidene Lohnforderungen.

Auch insoweit zeigt sich der allzu kurze Zeithorizont vieler Politiker. Unternehmer müssen in langen Fristen denken und beachten, welche wirtschaftlichen, sozialen und poltischen Änderungen in diesem Zeitraum voraussichtlich eintreten werden. Gerade die wohlfahrtsstaatliche Politik und deren unsolide Finanzierung hat so zahlreiche Risiken für unternehmerische Investitionsrechnungen geschaffen, dass es bonders unangebracht ist, wenn sich ausgerechnet Politiker abfällig über die geringe Investitionsneigung äussern. Überdies zeigt die hohe Zahl der Insolvenzen, dass die Ertragslage vieler Unternehmen nach wie vor schlecht ist. Woher soll unter solchen Umständen die Bereitschaft zum Investieren kommen?

Kein unabwendbares Schicksal

Der Marsch in den Wohlfahrtsstaat ist alles andere als ein unabwendbares Schicksal. Zwangsläufige historische Prozesse, von denen Marxisten unentwegt reden, gibt es nicht. Politische Entscheidungen sind gestaltbar und änderbar. Es kommt in einer parlamentarischen Demokratie allein darauf an, der Wählermehrheit zu verdeutlichen, welche bedenklichen langfristigen Folgen wohlfahrtsstaatliche Politik für die persönliche Freiheit, für den Lebensstandard aller, für die Arbeitslosigkeit, für die nachhaltige Finanzierbarkeit sozialer Leistungen und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat. Da nur ganz wenige Politiker dieser staatsmännischen Aufklärungspflicht nachkommen, müssen sich andere Institutionen dieser Aufgabe im Interesse des Gemeinwesens stellen. Beispielsweise ist es unverantwortlich, wenn Politiker heute in Kenntnis der wachsenden Überalterung für eine Herabsetzung der Pensionierungsgrenze eintreten, obwohl sie wissen müssten, dass sich solche Massnahmen nur schwer wieder rückgängig machen lassen, und obwohl es die demographische Entwicklung nahegelegt, in wenigen Jahren an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu denken.

Was bleibt zu tun?

Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen? Dass sich die soziale Sicherungspolitik in einer Sackgasse befindet, wird immer deutlicher. Die derzeit betriebene Sozialpolitik gefährdet die ökonomischen Voraussetzungen für die künftige Finanzierung der Sozialleistungen, schafft widersinnigerweise neue soziale Not und begünstigt unsoziale, unsolidarische, zu Kostenexplosionen führende Verhaltensweisen. Die Prioritäten in der Sozialpolitk müssen deshalb überprüft und neu gesetzt werden.

- Wo frühere staatliche Massnahmen soziale Fehlentwicklungen ausgelöst haben, wären die politischen Ursachen sozialer Not zu beseitigen.
- Wo der einzelne oder eine Familie in der Lage ist, kleinere Risiken selbstverantwortlich zu tragen, sind wohlfahrtsstaatliche Regelungen abzubauen.
- Wo unsolidarischer Missbrauch sozialer Hilfen vorliegt, muss an die Korrektur falscher Anreize herangegangen werden; verschwenderischer Umgng mit sozialen Leistungen darf sich nicht lohnen.
- Wo staatliche Organe derzeit über Mindestanforderungen an den sozialen Schutz hinausgehen, sollten die Kompetenzen so geändert werden, dass Leistungskataloge künftig von den Betroffenen und ihren Selbstverwaltungsorganen festgelegt werden, wobei Wahlmöglichkeiten vorzusehen wären.
- Da die meisten Länder auch in bezug auf soziale Sicherungen über ihre Verhältnisse gelebt haben, muss dafür gesorgt werden, dass die Ausgaben für soziale Zwecke langsamer als das im Inland verfügbare Sozialprodukt steigen.

Diese Änderungen der Sozialpolitik müssen mit einer Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden werden. Wenn das Fundament für das soziale Sicherungssystem wieder tragfähig werden soll, brauchen wir wirksame Anreize für Leistungswillige, für Investoren und für Innovatoren. Die Stärkung der Wachstumskräfte ist zugleich die beste soziale Politik. Behielten die allzu kurzfristig denkenden Umverteilungs- und Gleichheitsapostel die Oberhand, dann drohte auch uns die englische Krankheit.

Prof. Dr. Walter Hamm
Philipps-Universität Marburg
an der Lahn

Programm der SVG-Herbsttagung

25. November 1982

1. Besuch der EMPA

			Sprache
09.30	Treffen der Interessierten an der EMPA		
09.35–09.55	Begrüssung und Tonbildschau über die EMPA	E. Martin	d
10.00–11.20	Rundgang durch die Laboratorien der EMPA (mechanische, chemische, biologische Prüfungen)	E. Martin	d
11.20–11.35	Diskussion	E. Martin	d
11.45–13.15	Mittagessen in der EMPA		
13.15	Fahrt mit dem Bus zum Hotel Hecht		

2. Herbsttagung

Resumé des 2. Internationalen Kongresses über Geotextilien

13.30–13.35	Begrüssung durch den Präsidenten	Ch. Schaerer	d/f
13.35–14.05	Drainagen	R. Prudon	f
14.05–14.25	Talsperren/Erosionskontrolle	Dr. L. Wittmann	d
14.25–14.55	Strassen mit und ohne Belag/ Eisenbahnbau	K. Zerfass	d
14.55–15.25	Pause		
15.25–15.50	Böschungen/Schüttungen/ Gründungen/Mauern	Dr. G. Heerten	d
15.50–16.10	Eigenschaften und Versuche	Dr. J. Perfetti	f
16.10–16.30	Dauerhaftigkeit	H. Schneider	d
16.30–16.45	Internationale Normen	Dr. J. Studer	d
16.45–17.05	Neue Anwendungen	Ch. Schaerer	f
17.05–17.15	Zusammenfassung und Diskussion	Ch. Schaerer	d/f

Anmeldung mit speziellem Formular, zu beziehen bei:
SVG, c/o EMPA St. Gallen, Postfach 977, 9001 St. Gallen.

Jubiläum

Hans Weissbrod, 75 Jahre

Wer glaubt, Arbeiten verbrauche den Menschen, der wird spätestens mit der Bekanntschaft von Hans Weisbrod eines besseren belehrt. Hans Weisbrod, der am 24. September sein 75. Lebensjahr vollendet hat, erfreut sich nämlich einer geistigen und körperlichen Frische und Beweglichkeit. Herzlichen Glückwunsch!

Hans Weisbrod ist ein echter «Seidiger», ein Textilindustrieller, ein Unternehmer, der noch konsequent nach den Grundsätzen des privaten Unternehmertums lebt. Die Persönlichkeit von Hans Weisbrod geniesst als Kenner seines Metiers im In- und Ausland grosses Ansehen.

Seine unternehmerischen Fähigkeiten sind begleitet von menschlicher Wärme und sozialem Engagement, seine Ziele hat er immer mit Klarheit gesehen und den einmal eingeschlagenen Kurs unbeirrbar eingehalten. Stärke und Konzentration auf das Wesentliche sind einige typische Merkmale der Persönlichkeit Weisbrod.

Seit Ende der 30iger Jahre leitete Hans Weisbrod die Geschicke der Firma Weisbrod-Zürrer AG in Hausen am Albis und in Mettmenstetten. Um das Auf und Ab der Textilindustrie auszugleichen, hat er vor 25 Jahren begonnen, die heute blühende Loring AG aufzubauen. Ein Unternehmen auf dem Sektor Vliesstoffe, ein Firmenzweig weg von der Mode auf den Bereich der Massenproduktion im Hygienesektor.

Dass sich solche Persönlichkeiten immer wieder zu Mandaten in der Wirtschaft verpflichtet fühlen, ist naheliegend. Einige der Wichtigsten seien hier aufgezählt:

- Vorstandsmitglied des Verbandes schweizerischer Seidenstoff-Fabrikanten 1951–1959, Präsident 1963–1973
- Vorstandsmitglied seit 1955, Mitglied des Vorstandsausschusses 1965–1974 des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen
- Vorstandsmitglied der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft seit 1963, Präsident seit 1974
- Vorstandsmitglied des Vereins schweizerischer Textilindustrieller seit 1969, Vizepräsident seit 1970
- Mitglied der Schweizerischen Handelskammer (Vorstand des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins) 1969–1982
- Bei der Gründung Vorstandsmitglied der Schweizerischen Textilkammer, 1972–1982, Präsident 1980–1982
- Vorstandsmitglied der Zürcher Handelskammer 1972–1982
- Exekutiv-Vizepräsident der internationalen Seidenvereinigung 1973–1976
- Mitglied der Europäischen Seidenpropaganda-Kommission seit deren Gründung 1973, Präsident bis 1976
- Präsident der internationalen Seidenvereinigung seit 1976
- 1967 Initiant und Gründungspräsident des Arbeitgeberverbandes des Bezirks Affoltern a.A., Präsident bis 1973

Die Gedanken von Hans Weisbrod sind immer auf die Zukunft gerichtet, er weiss das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen. Seine Art ist ehrlich und offen, seine Intelligenz überzeugend. Solche Persönlichkeiten sind heute leider selten. Hans Weisbrod hat hier Massstäbe gesetzt, die zu erreichen für viele ein Ansporn sein werden.

Wir gratulieren herzlich und wünschen dem Jubilaren noch viele Jahre der Tatkraft, der Musse und vor allem der Gesundheit. Unsere Wertschätzung und Dankbarkeit sind ihm gewiss. B.